

Vorlage für eine Dringlichkeitsentscheidung

Erteilung einer Dienstreisegenehmigung für den Neubürgerbeauftragten des Kreistages zur Teilnahme an der Bundeskonferenz der Integrationsbeauftragten am 13. und 14.05.2013 in Saarbrücken

Der Kreistagsabgeordnete Ludwig Neuber wurde vom Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises im Zuge seiner Sitzung am 11.12.2009 zum Neubürgerbeauftragten des Kreistages für Aus- und Übersiedler und für zugezogene Ausländer bestellt.

Mit Schreiben vom 26.03.2013 lädt die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Prof. Dr. Maria Böhmer, zur Bundeskonferenz der Integrationsbeauftragten von Bund, Ländern und Kommunen vom 13. bis 14.05.2013 in Saarbrücken ein. Der thematische Schwerpunkt der Veranstaltung in diesem Jahr lautet „Willkommens- und Anerkennungskultur – Zusammenleben in Deutschland“.

Nach § 9 Abs. 5 der Hauptsatzung für den Rhein-Sieg-Kreis bedürfen Dienstreisen der Genehmigung des Kreisausschusses, sofern nicht ein entsprechender Kreistagsbeschluss vorliegt.

Da die nächste Sitzung des Kreisausschusses nunmehr am Montag, dem 13.05.2013, stattfindet, die Dienstreise aber bereits für den gleichen Tag ansteht, ist eine Dringlichkeitsentscheidung nach § 50 Abs. 3 KrO NRW erforderlich, um eine ordnungsgemäße Teilnahme des Neubürgerbeauftragten an der Dienstreise gewährleisten zu können.

Gemäß § 50 Abs. 3 Satz 2 KrO NRW wird die nachstehende

Dringlichkeitsentscheidung

getroffen:

Nach § 9 Abs. 5 der Hauptsatzung für den Rhein-Sieg-Kreis wird die Dienstreise des Neubürgerbeauftragten des Kreistages für Aus- und Übersiedler und für zugezogene Ausländer, Abg. Ludwig Neuber, zur Teilnahme an der Bundeskonferenz der Integrationsbeauftragten von Bund, Ländern und Kommunen vom 13. bis 14.05.2013 in Saarbrücken genehmigt.

Siegburg, den 08.04.2013

gez. Kühn
Landrat

gez. Scharnhorst
Kreisausschussmitglied

Beschluss:

Vorstehende Dringlichkeitsentscheidung wird nach § 50 Abs. 3 Kreisordnung NRW genehmigt.